Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Arnhold. Druck u. Verlag: Auerdruck u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 50.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4,40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 13.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile 1.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 50. Dienstag, den 1. März 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Fraktion beschloß, bei der Regierungsbildung dem Grundsatz der übereinstimmenden Zusammensetzung zwischen der Regierung im Reich und in Preußen zuzustimmen.

•

Reichsminister Dr. Simons mit den Mitgliedern der deutschen Delegation ist gestern in London eingetroffen.

•

Die polnische Regierung hat nach einer Reutermeldung gegen die Beschlüsse des Obersten Rates über den Termin und die Art der Abstimmung in Oberschlesien einen Einspruch bei den Alliierten angemeldet.

•

Nach einer Brüsseler Meldung des Intransigeant soll der Abschluß eines militärischen Bündnisses zu Verteidigungszwecken zwischen Belgien und England, ähnlich dem, das Belgien und Frankreich abgeschlossen haben, bevorstehen.

Von Scheidemann bis Stresemann.

Sozialdemokratische Einsicht. — Neubildung der Regierung auch in Sachsen?

Die mehrheitssozialistische Freie Presse in Leipzig schrieb dieser Tage zu den Aussichten einer Regierungsbildung in Preußen: Bei den Reichstagswahlen im vorigen Jahre hat die Sozialdemokratie eine große Einbuße erlitten, weil sie in der Regierung war. Die Unabhängigen hatten alle Schuld an den herrschenden Zuständen auf die Sozialdemokratie gewälzt. Daher wendeten sich die Wähler den Unabhängigen zu, die beinahe die Sozialdemokraten an Mandaten überflügelt hätten. Bei den Preußenwahlen hatten die Wähler ebenfalls über die Politik der Sozialdemokratie als Regierungspartei zu entscheiden. Jedoch diesmal wendeten sie sich nicht gegen die Sozialdemokraten, sondern gegen die Unabhängigen. Die Wähler haben eben eingesehen, daß die Unabhängigen mit Phraseologie und Abstinenzpolitik ihnen nicht helfen können. Wenn die Sozialdemokratie jetzt ohne Not ihre Position in der Regierung preisgeben würde, würden sich die Wähler wieder gegen sie wenden. In einer Koalitionsregierung kann die Sozialdemokratie, das ist eine selbstverständliche Plattheit, keine sozialdemokratische Politik machen. Aber sie kann verhindern, daß die Bewegung wieder rückwärts geht. Deshalb ist das Verbleiben in der Regierung eine Notwendigkeit und, sagen wir, wenn es nicht anders wäre, selbst unter der Bedingung der Erweiterung durch die Deutsche Volkspartei.

Das kleine Lippe wird keine Einzelerscheinung bleiben. Wenn in Bremen die Sozialdemokraten nicht auf die Mitwirkung in der Regierung verzichten wollen, werden sie eine Regierung mit Demokraten und Deutscher Volkspartei bilden müssen. In Sachsen konnte eine rein sozialistische Minderheitsregierung nur dadurch zustande kommen, daß die Sozialdemokraten den Unabhängigen nicht nur mehr Sitze einräumten als sie ihrer Stärke nach beanspruchen durften, sondern auch dadurch, daß sie ihnen die wichtigsten Ministerposten, besonders den des Innern, einräumten. Wäre mit den Unabhängigen keine Zwangseinigung zustande gekommen, dann mußten sich die Sozialdemokraten mit der Deutschen Volkspartei einlassen, denn darüber waren sie sich klar, daß sie als stärkste Partei im Landtag auf die Teilnahme an der Regierung nicht verzichten durften. In Preußen liegt, wie gesagt, eine solche Notwendigkeit nicht vor, wenn das Zentrum nicht die Erweiterung der Regierung an die Deutsche Volkspartei als Bedingung stellt. Sollte die Sozialdemokratie aber durch das Zentrum vor die Notwendigkeit gestellt werden, sich für eine Regierung mit oder ohne die Deutsche Volkspartei zu entscheiden, dann würden wir unbedenklich und ohne auf das kommunistische Gekläff der absterbenden unabhängigen Sozialdemokratie zu achten, uns für die Erweiterung entscheiden. Denn am Ende wäre die Deutsche Volkspartei in der Regierung doch etwas anderes, als in der Opposition neben den Deutschnationalen da sie sich dann eben unbedingt auf den Boden der Demokratie stellen müßte.

•

Diese Worte des sozialdemokratischen Blattes erscheinen uns — so bemerkt dazu das Leipz. Tabl. — besonders deshalb beachtenswert, weil sie deutlich durchblicken lassen, daß die Mehrheitssozialdemokratie auch in Sachsen eine Erweiterung der Regierungsbasis durch eine Koalition mit Einschluß der Deutschen Volkspartei nicht ungern sähe und auf die ihr — wie das Blatt andeutet — durchaus nicht sehr bequeme Mitarbeit der Unabhängigen mit Vergnügen verzichten würde. Denn wenn man von Zwangseinigung spricht, und beklagt, daß die Unabhängigen in Sachsen zu viele und zu wichtige Ministerposten innehaben, so kann die Freude an der Koalition mit den Unabhängigen nicht allzu groß sein. Es kommt noch hinzu, daß die Mehrheit in der Volkskammer, auf die sich die gegenwärtige sozialistische Regierung stützt, sehr zweifelhaft ist, wie gerade die Abstimmungen in der letzten Woche gezeigt haben. Wenn nun noch die neuesten Vorgänge in der Kommunistischen Partei für Sachsen die Folge haben sollten, daß auch nur ein kommunistischer Abgeordneter in die Opposition tritt, so ist es mit der Regierungsmehrheit gänzlich vorbei, und die Frage einer Neubildung der Regierung wird auch für Sachsen brennend. Offenbar hatte die Leipziger Freie Presse diesen Fall im Auge, als sie die oben wiedergegebenen Ausführungen machte.

Oberschlesischer Frühling.

Aus Kattowitz wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Die oberschlesische Volksabstimmung findet nun bestimmt am 20. März statt, also um die Zeit des Frühlingsanfangs. Die Deutschen in Oberschlesien nehmen das als ein Symbol, das nun endlich der mißvergnügte Winter der Interalliierten Kommission zu Ende gehen soll. Das Deutschtum erhofft im Zeichen des Frühlings, eine starke deutsche Mehrheit zu erringen, und der 20. März wird deshalb entscheidend für die deutsche Zukunft Oberschlesiens sein, das eine Zukunft nur dann hat, wenn es deutsch bleibt. Das Rätselraten um den Abstimmungstermin und um die Art der Abstimmung ist nun beendet; die Interalliierte Kommission hat ja auch nunmehr ihre Bestimmungen über den Verlauf der Wahlhandlung selbst bekanntgegeben, und die Pflicht der Gerechtigkeit gebietet, festzustellen, daß wenigstens diese Bestimmungen von objektivem Geiste erfüllt sind, eine Tatsache, die man von den bisherigen Bestimmungen des Abstimmungsreglements leider nicht behaupten konnte. Die Londoner Entscheidung, daß die Reichsoberschlesier mit ihren Brüdern in Oberschlesien selbst gemeinsam an die Wahlurne treten sollen, hat natürlich im Abstimmungsgebiet helle Freude ausgelöst. Man weiß zwar ganz genau, daß das kein Entgegenkommen der Entente bedeutet, sondern daß die Entscheidung nur deshalb so ausgefallen ist, weil die alliierten Regierungen nicht wagen konnten, den klaren Text des Friedensvertrages umzudeuten. Immerhin ist den anscheinend so siegessicheren Polen ein erheblicher Schuß Wasser in den oberschlesischen Wein gegossen worden, und Korfanty hat in einem großen Aufruf von einem Bruch eines gegebenen Versprechens gesprochen. Pan Korfanty weilt zur Zeit wieder einmal in Warschau, um den dortigen Gewaltigen Bericht über die Lage zu erstatten. Wir haben allen Grund, anzunehmen, daß dieser Bericht anders als rosig gefärbt ist, denn was die deutschen Kreise in Oberschlesien niemals anders erwartet haben, ist nun eingetreten: Korfanty, der große Demagoge vor dem Herrn, hat sich in Oberschlesien wirklich totgelaufen. Auch in Oberschlesien hat sich zugunsten der deutschen Sache das alte deutsche Sprichwort bewahrheitet, daß ehrlich immer noch am längsten währt. Es geht jetzt in den Endkampf. Die deutsche Schlußagitation findet für ihre Arbeit günstigen Boden, trotz der Londoner Verhandlungen, das sei ausdrücklich gesagt. Die polnische Valuta und die polnischen Zustände haben in Oberschlesien doch mehr Eindruck gemacht, als alle polnischen Versprechungen, als alle Kühe, die Korfanty den polnisch stimmenden Bewohnern versprochen hat. Das Eine sei freilich gesagt: Wenn Oberschlesien ganz und ungeteilt bei Deutschland bleiben soll, dann muß auch jeder Reichsoberschlesier seinen Stimmzettel in die Urne des Ortes legen, in dem er geboren ist. Daß aber alle Reichsoberschlesier bis auf den letzten Mann und die letzte Frau ihre Pflicht tun, das erwartet man bestimmt in Oberschlesien, und daran zweifelt man auch nicht.

•

Sachsen und Oberschlesien.

Aufruf des Ministerpräsidenten Buck zur Unterstützung der Abstimmungsberechtigten.

Ministerpräsident Buck erläßt im Namen des Gesamtministeriums folgenden Aufruf an die Bevölkerung Sachsens:

Der Tag für die Volksabstimmung über das Schicksal Oberschlesiens steht nunmehr fest. Unweigerliche Pflicht jedes Abstimmungsberechtigten ist es, für seine engere Heimat, für Sachsen und für Deutschland die Mühe der Abstimmungsreise auf sich zu nehmen und seine Stimme abzugeben. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier haben dafür gesorgt, daß die Reise für jeden erleichtert und ein Unterkommen in der oberschlesischen Heimat für ihn sichergestellt wird. An die Bevölkerung ergeht der Ruf, den Abstimmungsberechtigten die Reise leicht zu machen, sie wenn nötig im Geschäft und bei der Arbeit zu vertreten, ihnen in ihrem Hausstand zu helfen und sie bei der Erfüllung ihrer Abstimmungspflicht zu unterstützen. Das alles kostet viel Geld. Es wird dringend ersucht, die Verbände heimattreuer Oberschlesier durch Geldzuwendungen zu unterstützen. Zahlungen nehmen die meisten Banken und Sparkassen entgegen. Oberschlesiens Schicksal und Deutschlands Schicksal sind unzertrennlich.

Neue polnische Truppenansammlungen.

Einziehung der Militärpflichtigen.

Nach Meldungen aus Bromberg sind in den ehemals preußischen Gebietsteilen Polens die gedienten Mannschaften zur Bildung von Freiwilligenkorps aufgefordert worden. Die in Polen und Bromberg liegenden polnischen Regimenter sind am Sonnabend nach der polnisch-oberschlesischen Grenze verschoben worden. Die in Berlin sich aufhaltenden militärpflichtigen Polen werden seit Freitag durch das Konsulat zur Stellung und Ausreise nach Polen aufgefordert. Die Ansammlung regulärer polnischer Truppen an der oberschlesischen Grenze dauert fort. Im Laufe der letzten Wochen sind zwei weitere Regimenter Infanterie aus dem inneren Polen eingetroffen und zwischen Bojanowo und Krotoschin einquartiert worden. Angesichts dieser andauernden Truppenverstärkungen verdichten sich auch jenseits der Grenze die Gerüchte, die von einer Mitverwendung polnischer Truppen bei einer eventuellen Besetzung weiteren deutschen Gebietes und die Entente wissen wollen.

Amerikas Einspruch gegen die Verteilung der deutschen Kolonien.

In der an den Völkerbundsrat gerichteten Note der amerikanischen Regierung über die Verteilung der Kolonial-Mandate, deren Wortlaut nunmehr vorliegt, wird darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten bereits am 20. November 1920 ihre Rechte geltend gemacht haben, von den für den Völkerbund bestimmten Mandatsprojekten Kenntnis zu erhalten, um ihrer Ansicht Ausdruck geben zu können, die von wesentlicher Bedeutung für die Gültigkeit einer jeden Entscheidung des Völkerbundes in der vorliegenden Frage sein müsse, um so mehr, als mit dem Mandatsprinzip eine grundlegende Neuerung in den internationalen Beziehungen eingeführt sei.

Die Note hebt als für die Vereinigten Staaten vornehmlich wichtige Fragen zunächst die Frage der Schaffung besonderer Interessensphären in Anatolien, wofür die Grundlage durch den Vertrag von Sevres gegeben sei, hervor und beschäftigt sich dann insbesondere mit der Frage des Mandats über die früheren deutschen Besitzungen im Stillen Ozean, vornehmlich der Insel Jap, die notwendigerweise zu jedem Projekt oder System von Kabelverbindungen im Stillen Ozean gehöre und deren freie Benutzung keine Macht begrenzen oder kontrollieren könne. Die Note wendet sich dagegen, daß das Mandat über diese Gebiete Japan übertragen werden soll, und betont, daß die Vereinigten Staaten als einer der alliierten und assoziierten Großmächte und mit demselbeen Recht wie die anderen Hauptmitglieder der Entente am Schicksal der deutschen Kolonien interessiert und zur Entscheidung darüber berechtigt seien. Daher müßten die Vereinigten Staaten erwarten, daß von ihrem Einspruch gegen die Entscheidung des Völkerbundsrates vom 17. Dezember 1920 über die Mandatsverteilung Notiz genommen und daß diese Frage erneuter Prüfung unterzogen werde.

Wie aus der obigen Note hervorgeht, vertritt die amerikanische Regierung ebenso wie die Entente den Standpunkt, daß die Verteilung der Mandate eine Angelegenheit der fünf alliierten und assoziierten Hauptmächte ist. Demgegenüber steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß eine Entscheidung über das Schicksal der deutschen Kolonien nur vom Völkerbund getroffen werden kann.

Die Antwort an Amerika.

Ueber den Inhalt der Antwortnote des Völkerbundsrates auf die amerikanischen Proteste wegen der Mandatsfrage verlautet, daß sie unter dem Einfluß Leon Bourgeois, entgegen dem ursprünglichen Vorschlag von Balfour, die amerikanische Regierung darauf aufmerksam macht, daß für die Mandatsfrage weniger der Völkerbundsrat verantwortlich sei, sondern vielmehr der Oberste Rat der Alliierten und infolgedessen der Völkerbundsrat die Angelegenheit an den Obersten Rat verweisen könne. Um aber der amerikanischen Regierung auch zu beweisen, wie wertvoll für den Völkerbundsrat die amerikanische Intervention in der Mandatsfrage ist, wird der Völkerbundsrat bei seiner Antwort erklären, daß er bereit ist, in der nächsten Session, und zwar wahrscheinlich im Monat Mai in Genf oder in einem anderen Orte, die Einwendungen der amerikanischen Regierung entgegenzunehmen. Entsprechend diesem Vorschlag wird also der Völkerbundsrat aus Höflichkeitsgründen jede weitere Verfügung in der Mandatsfrage so lange verschieben.

Eine Entwaffnungsdebatte im Reichstage.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde die erste Lesung des Entwurfs zur Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes vorgenommen. Abgeordneter Soldmann (Unabh.) begründete einen Antrag auf schleunigste Aufhebung der bayrischen Einwohnerwehren. Minister des Innern Koch gab

namens der Reichsregierung folgende Erklärung

ab: Die Reichsregierung hat die für ein waffenstolzes Volk schwer erträgliche Aufgabe der Entwaffnung entsprechend den Bedingungen des Friedensvertrages in die Hand genommen und in einem Umfange und mit einer Schnelligkeit gefördert, die bei Erlaß des Entwaffnungsgesetzes wohl niemand für möglich gehalten hatte. (Große Unruhe links.) Sie wird auch die schließliche Durchführung des Gesetzes innerhalb der gesteckten Fristen zu bewerkstelligen wissen. Das gilt auch für Bayern. (Lebhaftes Hört! Hört!) Die Reichsregierung hält sich unbekümmert um irgendwelche turbulanten Aeußerungen an die Erklärung der bayrischen Regierung, nach der sie die letzte Entscheidung über die erforderlichen Maßnahmen der Reichsregierung zuweist. (Große Unruhe links.) Dem Reichstag wird bis zum 15. März ein Gesetz über die dem Friedensvertrag wi-